

MEHR POLITISCHE MACHT FÜR MÄDCHEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN



Für Mädchen und junge Frauen gibt es weltweit kaum politische Teilhabe. Das soll sich ändern, doch dazu braucht es eine solide Finanzierung. Wir von Plan International Deutschland haben untersucht, inwieweit die internationale Gebergemeinschaft – insbesondere die deutsche Bundesregierung – diese Zielgruppe diesbezüglich stärkt. Die Ergebnisse liegen in unserem Mädchenbericht vor.

Mit durchschnittlich 0,46 Prozent aller weltweiten Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit ist die Finanzierung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen sehr gering. Das dokumentiert der aktuelle Mädchenbericht, den Plan International Deutschland Ende 2018 im Deutschen Bundestag vorgestellt hat.

Die Bundesregierung hat zwar das Thema Gleichberechtigung in der Entwicklungszusammenarbeit im Blick. Allerdings nehmen die finanzierten Projekte Mädchen und junge Frauen nicht explizit in den Fokus. Zudem liegt die Bundesregierung finanziell mit einem Anteil von nur 0,13 Prozent noch unter dem ohnehin sehr niedrigen OECD-Durchschnitt von 0,46 Prozent für derartige Programme. Während sich die Bundesregierung politisch und finanziell kaum für das Ziel der gleichberechtigten politischen Teilhabe einsetzt, gibt es Länder, die deutlich mehr dafür tun: Schweden, Kanada und die Niederlande beispielsweise. Sie stellen nicht nur mehr Mittel bereit, sondern machen sich auch in internationalen

Foren wie dem der G7-Staaten – der Gruppe der größten sieben Wirtschaftsnationen – für mehr politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen stark.

Armut überwinden

Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse haben wir von Plan International Deutschland Empfehlungen an die Bundesregierung formuliert. Unter anderem muss sie ihren finanziellen Beitrag erhöhen und ihr Engagement für eine politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ausbauen, damit diese auf Entscheidungen Einfluss nehmen können, die sie selbst oder ihr Umfeld betreffen. Mädchen und junge Frauen müssen als eigene Zielgruppe wahrgenommen und in den Strategieprozessen bei der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden, um langfristig Erfolg bei der Überwindung von Armut und Ungleichheit zu haben.

Den Mädchenbericht finden Sie online auf www.plan.de unter „Über uns/ Lobby- und Kampagnenarbeit“.



SCHUTZ UND TEILHABE FÜR JUNGE GEFLÜCHTETE

Für die politische Teilhabe von Jugendlichen setzen sich junge Plan-Aktivist:innen in Deutschland ein. Awaz (23) und Karim (23) sind aus Syrien geflüchtet und engagieren sich als „Youth Advocates“ im Kinderschutzprogramm von Plan International in Hamburg. Nun trafen sie Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und diskutierten über dieses Thema.

Berlin-Mitte, 200 geladene Gäste aus Politik und öffentlichem Leben. Auf dem Podium neben Bundesfamilienministerin Franziska Giffey sind auch Awaz und Karim. Sie sind gekommen, um von der Lebenssituation geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Deutschland zu berichten. Gerade weil in den Unterkünften oft prekäre Wohnverhältnisse herrschen, fehlten dort einheitliche Schutzstrukturen, sind sich die beiden einig. Insbesondere geflüchtete Mädchen bräuchten mehr Schutz und Privatsphäre. Die jungen Syrer forderten die Bundesfamilienministerin dazu auf, die Umsetzung von Schutzstandards nachzuerfolgen und junge Geflüchtete stärker in Entscheidungsprozesse auf lokaler und nationaler Ebene einzubeziehen.

Die Ankündigung der Bundesfamilienministerin, die Schutzstandards in Unterkünften gesetzlich zu regeln, werden die beiden Plan-Aktivist:innen ihrerseits nachprüfen. Dazu hat sich Karim bereits bei einem Parlamentarischem Frühstück im Dezember mit Bundestagsabgeordneten ausgetauscht.

Und er wird sich gemeinsam mit dem Plan-Jugendbeirat in den nächsten Monaten für mehr Teilhabe junger Geflüchteter in Deutschland einsetzen. www.plan.de/jugend



Awaz und Karim im Gespräch mit Franziska Giffey (links).

Foto: Joerg Farys